

**ver.di Tagung zur KiföG-Evaluation
am 21.03.2017 in Frankfurt
Zusammenfassung der „flying tables“**

Verwaltungsaufwand / Personalstruktur

1. Was läuft derzeit falsch?
 - Zu wenig Zeit für Verwaltungsaufgaben, zu viele zu pflegende Statistiken,
 - Fehlende Transparenz bei der Berechnung
 - Zu wenig Personalkapazität für Zeiten außerhalb der Kinderbetreuung und für das Management der Einrichtung
 - Immer noch Befristungen und Teilzeitzwang
 - Keine Perspektive für Ältere KollegInnen an Entlastung
 - Zu wenig Beratung/Supervision für Leitungen und Fachkräfte
 - Zu hoher Beratungsbedarf der Eltern im Vergleich zu den zeitlichen Gesamtressourcen
 - BPs und PIAs werden angerechnet auf Fachkraftkapazität

2. Wie können der Verwaltungsaufwand verringert und die Personalausstattung verbessert werden?
 - Nicht-Fachkräfte dürfen keine Fachkräfte ersetzen
 - Für Fachkräftegewinnung bessere Bezahlung, besserer Fachkraft-Kind-Schlüssel, Jobticket und andere Anreize notwendig
 - Für eine bessere Planung der Verwaltungsabläufe und der Personalplanung wäre eine Modernisierung von IT/Fachsoftware sinnvoll
 - Um das Älter werden im Beruf zu unterstützen und Frühverrentung zu verhindern wäre ein Ausbau der Gesundheitsförderung notwendig
 - Bürokratie und Pädagogik sollten bei der Leitung ggf. funktional getrennt und entlastet werden, Einstellung Bürohilfskraft, pädagogische Leitung und Verwaltungsleitung bestellen
 - Verpflichtung und Angebot zu Fort- und Weiterbildung, auch Honorierung von Zusatzqualifikationen, auch mehr Angebote berufsbegleitend und für Quereinsteiger_innen
 - BPs und PIAs sollten nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden

3. Worauf soll die Landespolitik Antworten geben?
 - Wenn jetzt bzgl. Verwaltungsaufwand, Personalstruktur etc. Probleme bei der KiföG-Evaluation sichtbar werden, warum sind die Fachkräfte und Leitungen nicht bereits bei der Entwicklung des KiföG eingehender gehört worden ?
 - Wie wollen sie die Fachkraftmangelerscheinungen in den hessischen Kindertageseinrichtungen nachhaltig und dauerhaft beheben?
 - Welche Vorgaben sind bei der Reform des KiföG für die auch in der Evaluation erfassten notwendigen Leitungszeiten vorgesehen?

Mittelbare pädagogische Arbeit (MPA)

1. Was läuft derzeit falsch?
 - Wird oft nicht oder nur ungenügend bei der Personalplanung berücksichtigt
 - Es gibt keinen Arbeitsplatz dafür in der Kita und auch keine Home-Office Regelung wie bei Lehrer_innen
 - Derzeit fällt MPA oft weg, das heißt es gibt keine Elterngespräche, keine zusätzlichen pädagogischen Angebote, keine Entwicklungs-/Portfolioberichte, keine Personalgespräche keine Entwicklungsgespräche (für Inklusion zentral)
 - Zu wenig Zeit für Anleitung von Lernenden/Praktikant_innen/Azubis

- Fehlende Leitungsfreistellung erzeugt fehlende Koordination und Weiterentwicklung der MPA
2. Welche Bedingungen brauchen Erzieher_innen für ihre mittelbar pädagogischen Tätigkeiten?
 - Es braucht für alle verbindliche Vorgaben dazu im Gesetz, keine Trägerverantwortung sondern Kern der Kinderförderung, daher ins Gesetz
 - Es braucht Arbeitsplätze in der Kita mit entsprechender technischer Ausstattung in einem gesonderten Raum dafür
 - Es wären vergleichbare MPA-Zeiten notwendig wie bei Grundschullehrer_innen
 - Vorgaben für Lernenden-Betreuung in der Einrichtung, zeitlich und Zulage analog zu PrüferInnentätigkeiten IHK
 3. Worauf soll die Landespolitik Antworten geben?
 - Wie soll MPA künftig im Gesetz berücksichtigt werden (zeitlich, räumlich, inhaltlich)?
 - Wie wird die für die MPA unabdingbare Leitungsfreistellung gesetzlich geregelt?

Schulkinder

1. Was läuft derzeit falsch?
 - Nach der Kita-Zeit tut sich ein Loch auf, fehlender Rechtsanspruch, Eltern müssen sich selbst die Vereinbarkeit irgendwie organisieren
 - Schulbetreuung: Betreuung an Schulen benötigt keine Betriebserlaubnis nach KiföG, daher Gruppen für Schulkinder zu groß, der Betreuungsschlüssel sehr niedrig, die Qualifikation des Personals und die pädagogische Qualität zu schlecht => ab dem 6. Jahr vergessene Kinder des außerschulischen Bildungssystems
 - Betreuung an Schulen benötigt keine Betriebserlaubnis nach KiföG
 - Schulbetreuung kostenfrei und Horte kosten Gebühren, das muss sich ändern v.a. aus der Sicht einkommensschwächerer Familien
 - Derzeit gibt es immer mehr altersübergreifende Gruppen und immer weniger reine Schulkindergruppen, das liegt an der fehlenden Grundförderung
 - Die Schulkinderbetreuungskapazitäten egal ob Hort oder Schulbetreuung decken bei weitem nicht den Bedarf: spielt für Eltern mit Grundschulkindern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf keine Rolle mehr?
 - Auch eine Ferienbetreuung ist notwendig, das decken Horte bis dato oft ab, die Schulbetreuung allerdings nicht
2. Welche Bedingungen sind für eine gute Hortbetreuung notwendig?
 - Mehr Geld, qualifiziertes Personal und angemessene, funktionale Räume, besserer und gesetzlich geregelter Personalschlüssel und Festlegung der Gruppengröße
 - Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Erzieher_innen und Lehrer_innen fördern
 - Hortähnliche Angebote an Schulen sollten mehr gefördert werden oder auch Horteinrichtung dorthin umgesiedelt werden, das garantiert auch eine bessere Vernetzung von Schule und Hort, es braucht systemübergreifende Ganztagskonzepte
 - Weniger Bürokratie und Verwaltungsaufwand, bessere Kooperation und Verständigung zwischen Sozial- und Kultusministerium
3. Worauf soll die Landespolitik Antworten geben?
 - Warum werden die Horte mit ihrer pädagogischen Erfahrung und den deutlich besseren Rahmenbedingungen zu Gunsten der Schulkinderbetreuung abgebaut?
 - Warum gibt es in Hessen so wenige echte Ganztagschulen?
 - Wie soll bei der Schulkinderbetreuung die Anwendung des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans gesichert werden?
 - Schulkinder kommen in den gemischten Gruppen oft zu kurz, denn diese sind eine pädagogische „Königsdisziplin“, für die es im KiföG zu wenig Personal gibt: Wie soll das behoben werden?

- Wie soll das Tandem Kita-Schule besser begleitet und unterstützt werden, welche Förderung ist hier vorgesehen um die Kooperation auf Augenhöhe zu fördern
- Warum muss Gebührenfreiheit immer zu Qualitätseinbußen führen? Sollte die Gebührenfreiheit von Kita bis Uni nicht das Ziel sein mit der entsprechenden Qualität und der Umsetzung der formulierten Bildungs-, Erziehungs-, und Lehrpläne?

Inklusion

1. Was läuft derzeit falsch?
 - Verwaltungsaufwand sehr hoch für I-Kinder
 - Stichtagsregelung ist hinderlich, Anträge sollten dann gestellt werden, wenn die Kinder da sind
 - Förderpauschale nicht bedarfsdeckend
 - Deckung durch verschiedene Kostenträger kompliziert die Leistungsgewährung
2. Was benötigen die Einrichtungen, um inklusiv arbeiten und allen Kindern gerecht werden zu können?
 - Mehr ausgebildetes pädagogisches Fachpersonal als I-Helfer_innen, auch in der Schule
 - Bessere Bezahlung und unbefristete Arbeitsverhältnisse
 - Stundenzuweisung entsprechend der Betreuungszeit und nicht pauschal, mehr Fachkraftstunden
 - Auch Hortplätze sollten gefördert werden für I-Kinder
 - Mehr Entscheidungsfreiheit der Kita-Leitung sowie Elternarbeit und –beratung mehr fördern
 - Kleinere Gruppen und individuellen Betreuungsbedarf der I-Kinder, der über die pauschalen Zeiten hinaus geht berücksichtigen
3. Worauf soll die Landespolitik Antworten geben?
 - Wenn Inklusion in allen Einrichtungen Standard sein sollte, wäre dann nicht eine inklusive Grundförderung für alle Kitas sinnvoll?
 - Welche Vereinfachungen des komplizierten Ablaufes der Antragsstellung für I-Kinder wäre denkbar?
 - Wie gedenkt das Land auf die in der Evaluation geschilderten Gruppengrößenüberschreitungen insbes. bei I-Kindern zu reagieren?
 - Ist angedacht die Rahmenrichtlinie Integration ins KiföG zu integrieren und die teilweise widersprüchlichen Förderlogiken zu harmonisieren?